

Wenn Welten aufeinanderprallen. Die medialen Auseinandersetzungen zwischen Konservativen, Liberalen und Radikalen von der Regeneration bis zur Bundesstaatsgründung (1830-1848) [Arbeitstitel]

1. Einleitung

Das hier vorgestellte Dissertationsvorhaben ist Teil eines zweigleisigen Projekts, in dessen Zentrum das diskursive Aushandeln des neuen ‚tugendhaften Bürgers‘ und der zukünftigen politischen Ordnung während der spannungsreichen Formierungsphase des modernen Schweizer Bundesstaats (1830 bis 1850) steht.¹ Die Fragestellung des Gesamtprojekts zielt auf die Geschichte und den Wandel des zeitgenössischen Diskurses, und das heisst hier: auf die relevanten Denk- bzw. Sprachmuster. Mit der vergleichenden Analyse eines Mediums älterer (und religiöser) Provenienz – der Predigt – und eines Publikationsmittels, das in der medienhistorischen Forschung als spezifisch bürgerlich gilt – die Zeitungspressen –, verwendet das Doppelprojekt, im Kontrast zum weiten, systemtheoretischen Begriff, einen konzisen Medienbegriff.

Im Sinne der Neuen Politikgeschichte² wird ein weiterer Politikbegriff angewandt, der das Politische nicht auf ‚decision making‘ in Institutionen reduziert, sondern politische Ideen, Sprache, Alltagskultur und Geschlecht miteinander verknüpft. Eine enge Verwobenheit von – kurz gesagt – Politik und Stil findet sich immer wieder in den betrachteten Quellen selbst. Im Kontrast zu harmonisierenden Einschätzungen der Forschung zur Entstehung der Bürgerlichkeit in der Schweiz zwischen 1815 und 1848³ lautet die Hypothese des Projekts, dass es in der Schweiz vor der Gründung des Bundesstaats nicht nur – wie bekannt – zahlreiche Konflikte, sondern auch mehrere konkurrierende ‚politische Sprachen‘ und somit sehr unterschiedliche Idealvorstellungen des ‚neuen Bürgers‘ gab. Darauf deuten unter anderem Erkenntnisse aus früherer Arbeiten hin.⁴ Das Dissertationsprojekt orientiert sich am Konzept der ‚politischen Sprachen‘, das auf John G. A. Pocock (Cambridge School) zurückgeht und sich im Rahmen meiner Masterarbeit⁵ bei der Untersuchung des politischen Diskurses während der Regenerationszeit als sehr fruchtbar erwiesen hat. Ebenfalls von Bedeutung ist das Konzept der Begriffsgeschichte (Reinhard Koselleck).

2. Theoretisches und Konzeptionelles

In Anlehnung an das Konzept der Neuen Politikgeschichte erachtet das Projekt das Bestreben historischer Akteure, gesellschaftliche Zustände zu verändern oder zu bewahren, anzuzweifeln oder zu gestalten als das konstitutive Moment des Politischen.⁶ Politisches Handeln stellt somit massgeblich einen normativen kommunikativen Akt dar: Werte, Wahrnehmungsweisen und Selbstverständnisse fallen einer Gesellschaft nicht einfach zu, sie werden ausgehandelt bzw. durchgesetzt. Schauplatz und gleichsam Kampfmittel in diesem diskursiven Prozess ist die Sprache, welche einer detaillierten Analyse unterzogen werden soll.

¹ Vgl. Das SNF-Projekt „Der neue Bürger und die neue Politik: Mediale Konstruktionen in Predigt und Presse in der deutschsprachigen Schweiz (1830-1850)“. Online: <http://p3.snf.ch/Project-163009> (Zugriff: 27.01.2016).

² Einführend Ute Frevert, Neue Politikgeschichte, in: Joachim Eibach / Günther Lottes (Hg.), Kompass der Geschichtswissenschaft. Ein Handbuch, Göttingen 2006, S. 152-164.

³ Ursula Meyerhofer, Von Vaterland, Bürgerrepublik und Nation. Nationale Integration in der Schweiz, 1815-1848, Zürich 2000.

⁴ Roman Bonderer, Vom beschränkten König und plündernden Pöbel. Die Rezeption der Julirevolution in den ‚politischen Sprachen‘ der eidgenössischen Presse, Bern 2013 (nicht veröffentlicht).

⁵ Vgl. etwa John G. A. Pocock, Introduction. The State of the Art, in: ders., Virtue, Commerce, and History. Essays on Political Thought and History, Chiefly in the Eighteenth Century, Cambridge 1985 (Ideas in Context, Bd. 2), S. 1-36.

⁶ Vgl. Frevert, Neue Politikgeschichte, S. 158.

Der skizzierte methodische Ansatz ermöglicht es, einen „kommunizierbaren Grundbestand“⁷ politischer Ideen und normativen Vorstellungen zur Ordnung der Gesellschaft zu erforschen. Ausgehend von zentralen Begriffen weist die projektierte Arbeit jedoch über die Einzelwortstudien der klassischen Begriffsgeschichte (Reinhart Koselleck) hinaus, auch wenn die ‚Geschichtlichen Grundbegriffe‘ einen wichtigen konzeptionellen Bezugspunkt darstellen.⁸ Um die Kernbegriffe der Zeit herum sollen semantische Felder gebildet werden, weshalb nicht (nur) einzelne Lexeme untersucht werden, sondern es rückt ein ganzes Vokabular, verstanden als semantisches Netz in den Fokus der Analyse.⁹

Dabei spielt die historische Provenienz, also das Woher der Begriffe und Sprachmuster, eine ganz erhebliche Rolle. Die Arbeit möchte hier versuchen, die Bezüge zu Moral- und Naturrechtsdiskurs der Aufklärung, Klassischem Republikanismus, *Politica Christiana* und alteuropäischem Staatsdenken, Revolution und Helvetik, deutschem Idealismus und Romantik etc. herzustellen. Mit diesem Vorgehen soll die ideengeschichtliche Herkunft und Zusammensetzung sprachlicher Konventionen und Modalitäten geklärt werden, wobei gleichzeitig auf allfällige unterschiedliche Akzentuierungen innerhalb der Sprache aufmerksam gemacht werden soll.

Das Dissertationsprojekt greift bei seiner Ausrichtung auf einen der bedeutendsten Ansätze der neueren ideengeschichtlichen Forschung zurück, auf das Konzept der ‚politischen Sprachen‘. Das im Rahmen der Cambridge School von John G. A. Pocock entwickelte Modell unterscheidet sich wie andere neuere Ansätze (etwa die Begriffsgeschichte) in wesentlichen Punkten von der älteren Ideen- und Geistesgeschichte: Politische Ideen werden in einen historischen Kontext eingeordnet. Neuere Ideengeschichte ist kein Zwiegespräch mehr zwischen dem Forscher und dem ‚grossen‘ Autor, im Mittelpunkt des Forschungsinteresses stehen (auch) nicht mehr Einflüsse des einen bedeutenden Denkers auf einen anderen.¹⁰ Vielmehr geht Pocock davon aus, dass politische Aussagen bzw. Aussagemöglichkeiten stets abhängig sind von sprachlichen Konventionen und Modalitäten. In der Gesamtmenge möglicher Äusserungen sind verschiedene der erwähnten ‚politischen Sprachen‘ auffindbar. Bedeutsam ist hier, dass Sprache nicht als Idiom mit grammatischem Regelwerk und genau definiertem Wortschatz zu verstehen ist, sondern metaphorisch: „Wenn wir also von ‚Sprachen‘ sprechen, meinen wir in der Regel Subsprachen: Idiome, rhetorische Verfahren, Formen politischer Rede, deutlich zu unterscheidende Sprachspiele, die jeweils über ihr eigenes Vokabular verfügen können, ihre Regeln, Vorbedingungen und Implikationen, ihren Ton und Stil. [...] Der Historiker des politischen Diskurses, so wie er sich in dieser Darstellung der Praxis abzeichnet, verbringt seine Zeit mit dem Erlernen der einschlägigen ‚Sprachen‘, Idiome, rhetorischen Muster beziehungsweise Paradigmen, in denen ein solcher Diskurs stattgefunden hat.“¹¹ Somit setzt sich das Projekt zum Ziel, differenzierte Sprachmuster zu identifizieren, die sich gegebenenfalls zu spezifischen ‚politischen Sprachen‘ addieren lassen. Es sollen also im Rahmen einer genauen Sprachanalyse kollektive Denk- und Redemuster, Argumentationsweisen, rhetorische Stile, autoritative Zitierpraktiken sowie

⁷ Luise Schorn-Schütte, Politische Kommunikation in der Frühen Neuzeit. Obrigkeitskritik im Alten Reich, in: *Geschichte und Gesellschaft* (32) 2006, S. 273-314, hier S. 311.

⁸ Reinhart Koselleck/Otto Brunner/Werner Conze (Hg.), *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, 8 Bde., Stuttgart 1972-1997.

⁹ Vgl. zur Erweiterung von der Begriffsgeschichte hin zu einer Argumentations- und Diskursgeschichte die Überlegungen in Hans Erich Bödeker, *Ausprägungen der historischen Semantik in den historischen Kulturwissenschaften*, in: ders./Mark Bevir (Hg.), *Begriffsgeschichte, Diskursgeschichte, Metapherngeschichte*, Göttingen 2002, S. 7-27, hier S. 15.

¹⁰ Vgl. die Einführung von Barbara Stollberg-Rilinger, *Einleitung*, in: dies. (Hg.), *Ideengeschichte*, Stuttgart 2010, S. 7-42.

¹¹ John G. A. Pocock, *Der Begriff einer ‚Sprache‘ und das *métier d'historien*. Einige Überlegungen zur Praxis*, in: Andreas Mahler/Martin Mulsow (Hg.), *Die Cambridge School der politischen Ideengeschichte*, Frankfurt a.M. 2010, S. 127-154, hier S. 129f.

typische Motive, Metaphern und Vorstellungen herausgearbeitet werden, wobei den zeitgenössischen Schlüsselbegriffen hohe Relevanz zukommt. Wie die Forschung zeigen konnte, werden bedeutende Schlagworte der Zeit wie etwa Freiheit, Vaterland oder Verfassung von Liberalen wie von Konservativen gebraucht, was aber nicht heisst, dass alle Akteursgruppen das Gleiche unter dem jeweiligen Begriff verstanden.¹² Die konkurrierenden ‚Sprachen‘ verfügen also – auch wenn bei der Semantik Vorsicht geboten ist – insbesondere im Bereich der zeitgenössischen Kampfbegriffe über Gemeinsamkeiten, deren Erforschung ebenfalls Aufmerksamkeit verdient. Darin manifestiert sich die von Reinhard Koselleck für die Sattelzeit (und die Zeit danach) festgestellte „Ideologisierbarkeit“ und „Politisierung“ von Begriffen.¹³ Im Sinne einer diskursorientierten Geschlechterforschung¹⁴ möchte das Projekt auch der Kategorie des Geschlechts im innerbürgerlich geführten Diskurs Rechnung tragen. Da die bürgerliche Sprache, wie sie über das an ‚klassisch‘ politischen Ereignissen orientierte Quellenkorpus zu erschliessen ist, beinahe ausschliesslich den Mann als politisches Subjekt adressierte und thematisierte, liegt das Hauptaugenmerk auf der Konstruktion eines neuen Typus ‚hegemonialer Männlichkeit‘ (Connell)¹⁵ im republikanischen Staat, was zugleich die normativ-rhetorische Marginalisierung sowohl von Weiblichkeit im öffentlichen Raum als auch von anderen Typen der Männlichkeit impliziert. Durch die ergänzende Aufnahme von Texten in das Quellenkorpus, die im Kontext von Ereignissen erschienen sind, welche im Sinne der Neuen Politikgeschichte ebenfalls als ‚politisch‘ einzustufen sind (insb. Hinrichtungen von MörderInnen und BrandstifterInnen), wird es zudem möglich, die zeitgenössischen Vorstellungen nicht nur von Männlichkeit, sondern auch – im Anschluss an die einschlägige Forschung zur bürgerlichen Geschlechterordnung¹⁶ – von Weiblichkeit zu erforschen. Dabei stehen nicht nur die unterschiedlichen politischen Argumentationslinien und Vorstellungen im Zentrum des Interesses, welche die gesellschaftliche Ungleichbehandlung der Frauen zementierten und das weibliche Subjekt in den privaten Raum verwiesen, sondern auch das *gendering* der politischen Sprachen selbst. Denn in der jüngeren Geschlechterforschung wurde zurecht darauf hingewiesen: „Formen des ‚genderings‘ lassen sich grundsätzlich auch für gesellschaftliche und staatliche Denk- und Handlungsfelder erarbeiten, die allein oder nahezu ausschliesslich von Männern besetzt waren.“¹⁷ Dadurch entgeht das Projekt, trotz dem Ausschluss der Frau aus dem öffentlichen Raum und ihrer Negierung als politisches Subjekt in den untersuchten Quellen, der Gefahr, Aspekte der geschlechtlichen Ausdifferenzierung im Diskurs zu verkennen.

¹² Vgl. Tobias Kästli, Freiheitsbegriffe – Freiheitsvorstellungen. Auf dem Weg zum schweizerischen Nationalstaat, in: Andreas Ernst/Albert Tanner/Matthias Weishaupt (Hg.), Revolution und Innovation. Die konfliktreiche Entstehung des schweizerischen Bundesstaates von 1848, Zürich 1998, S. 35-48.

¹³ Vgl. Reinhart Koselleck, Einleitung, in: ders./Brunner/Conze, Geschichtliche Grundbegriffe, Bd. 1, Stuttgart 1972⁴, S. XIII–XXVII, hier S. XVII–XVIII.

¹⁴ Claudia Opitz, Die Um-Ordnung der Geschlechter. Einführung in die Geschlechtergeschichte, Tübingen 2005, S. 115-122.

¹⁵ Robert W. Connell, Der gemachte Mann. Konstruktion und Krise von Männlichkeiten, Opladen 2000²; vgl. Martin Dinges (Hg.), Männer – Macht – Körper. Hegemoniale Männlichkeiten vom Mittelalter bis heute, Frankfurt a.M. 2005.

¹⁶ Klassisch dazu Karin Hausen, Die Polarisierung der ‚Geschlechtscharaktere‘. Eine Spiegelung der Dissoziation von Erwerbs- und Familienleben, in: Werner Conze (Hg.), Sozialgeschichte der Familie in der Neuzeit Europas. Neue Forschungen. Stuttgart 1976, S. 363-393. Die These der Dichotomie öffentlich/‚männlich‘-privat/‚weiblich‘ ist aus geschlechtergeschichtlicher Perspektive heute in ihrer Absolutheit überholt, soll aber im Sinne einer Arbeitshypothese als korrekt angenommen werden. Siehe dazu Opitz, Um-Ordnung, S. 156-180.

¹⁷ Claudia Opitz-Belakhal, ‚Religiöse Kulturen‘ und ‚Geschlecht‘, in: dies./Monika Mommertz (Hg.), Das Geschlecht des Glaubens. Religiöse Kulturen Europas zwischen Mittelalter und Moderne, Frankfurt a.M. 2008, S. 7-49, hier S. 18.

3. Arbeitsthesen und Vorgehen

Im Sinne der oben dargelegten Überlegungen zur theoretisch-methodischen Grundausrichtung des Projektes wird in der Dissertation die Konstruktion des ‚guten Bürgers‘ und das Aushandeln der neuen politischen und gesellschaftlichen Ordnung in der gedruckten Presse untersucht werden. In Abgrenzung zur harmonisierenden These von Ursula Meyerhofer¹⁸ wird hierbei von der Annahme ausgegangen, dass sich in den zu untersuchenden Quellen durchaus gegensätzliche Vorstellungen davon finden, was den ‚guten Bürger‘ auszeichne und insbesondere davon, was dieser politisch zu denken habe. Angesichts der Resultate der Vorarbeiten im Rahmen meiner Masterarbeit¹⁹ drängt sich die Hypothese auf, dass sich in den Quellen sehr unterschiedliche Akzente in der zeitgenössischen ‚politischen Sprache‘ finden lassen. Denn: Die zu untersuchende Zeit war geprägt von einem „politische[n] Glaubenskrieg“²⁰, in welchem sich zwei bzw. drei grundlegend unterschiedliche Weltanschauungen gegenüberstanden: Liberalismus und Radikalismus auf der einen und Konservatismus auf der anderen Seite.

Konkret werden dabei Zeitungs- und Zeitschriftenartikel untersucht, die zwischen der Pariser Julirevolution von 1830 und der Bundesstaatsgründung von 1848²¹ erschienen und eine „reich sprudelnde Quelle für die mentalen Einstellungen der Zeit“²² darstellen. Um eine realistische Grösse des Quellenkorpus zu erreichen, wird die Anzahl der zu untersuchenden Zeitungen auf drei begrenzt. Diese Organe lassen sich unzweideutig einem der drei genannten politisch-ideologischen Lager zuordnen. Untersucht wird die radikale ‚Appenzeller Zeitung‘. Trotz ihrer mehrfach belegten, hohen pressegeschichtlichen Bedeutung, die sich unter anderem durch die Mitarbeit bekannter Zeitgenossen ergibt, wurde das Blatt bisher nicht Objekt vertiefter Erforschung. Über die Relevanz des bedeutendsten (gemässigt) liberalen Blattes der Zeit, der ‚Neuen Zürcher Zeitung‘, erübrigen sich weitere Ausführungen. Als Vertreterin des städtisch-aristokratischen Konservatismus wird die ebenfalls noch wenig untersuchte ‚Allgemeine Schweizer Zeitung‘ hinzugezogen, als Quelle für den katholischen Konservatismus der Innerschweiz der ‚Waldstätter-Bote‘. Ergänzt wird das Korpus – aus Gründen der medienhistorischen Relevanz – um die einzige während des gesamten Untersuchungszeitraums erschienene Wochenzeitschrift (‚Der Erzähler‘) sowie um ein Monatsblatt (‚Volksbibliothek‘).

Bern, 28. Januar 2016

¹⁸ Meyerhofer, Vaterland.

¹⁹ Bonderer, König und Pöbel.

²⁰ Albert Tanner, Das Recht auf Revolution. Radikalismus – Antijesuitismus – Nationalismus, in: ders./Hildbrand, Im Zeichen der Revolution, S. 113-138, hier S. 113.

²¹ Das genaue Ende des Untersuchungszeitraums ist noch nicht definiert. Denkbar ist auch, die Weiterentwicklung der öffentlichen Auseinandersetzungen über 1-2 weitere Jahre zu beobachten.

²² Meyerhofer, Vaterland, S. 14.